

Unzufrieden mit Kita-Deal

Am 19. Juni haben sich Kita-Träger und die Senatsjugendverwaltung darauf verständigt, dass die Träger 20 Millionen Euro von bereits bezahlten Zuschüssen zurückzahlen. Der bejubelte Erfolg dieser Vereinbarung liegt vornehmlich darin, dass der Senat eigentlich 40 Millionen Euro haben wollte. An der Einigung waren aber offenbar nicht alle Kita-Träger beteiligt, wenngleich der Kompromiss für alle gilt. Die Rückzahlung von 20 Millionen Euro bewertet der Senat als „solidarischen Beitrag.“

Senatorin **Sandra Scheeres** (SPD) zeigt sich zufrieden mit der getroffenen Vereinbarung: „Wir haben einen guten und für alle Seiten tragbaren Kompromiss erzielt.“ Und **Roland Kern** vom Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS) e.V. ist pragmatisch: „Die getroffene Übereinkunft beendet die Diskussion um die Kita-Finanzierung und sichert den Kitas eine gute Grundlage zur weiteren Arbeit. Wir erkennen damit zugleich die derzeit schwierige wirtschaftliche Situation des Landes Berlin an.“ Und der Vertreter der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, LIGA Berlin, **Oliver Bürgel**, stimmt in die unterwürfige und verständnisvolle Haltung ein: „Trotz der finanziellen Mehrbelastung werden wir als freie Träger unseren Solidaritätsbeitrag leisten. Mit unserem Beitrag würdigen wir die Bereitschaft Berlins, auch in schwierigen Zeiten verlässlich die Kita-Finanzierung vollständig weiterzuführen.“

Auf solche Verbände kann der Senat stolz sein. Man muss sich allerdings fragen, wessen Interessen die Verbände vertreten.



Überhaupt nicht einverstanden mit dem, was die Verbandsvertreter ausgehandelt haben, ist der Vorstandsvorsitzende des Fröbel e.V. und Geschäftsführer der Fröbel Bildung und Erziehung GmbH, **Stefan Spieker**. Er spricht in einem Interview vom 24.

Juni auf „radioeins“ des RBB von „Erpressung“. Spieker weist darauf hin, dass „Berlin das einzige Bundesland beziehungsweise die einzige Stadt ist, in der wir mit einer Rückforderung konfrontiert sind.“ Das ist schon sehr irritierend. Wir hatten viele Sonderausgaben für Hygienematerial und Atemschutzmasken, wir haben in Berlin 800 Tablets an Kinder verteilt, die sonst keinen Kontakt gehabt hätten. Und das hat dann 120.000 Euro gekostet. Es waren Ausgaben, die wir

getätigt haben, weil wir gedacht haben, wir hätten Mittel und im Nachgang wird das alles gestrichen. Das war schon ein harter Schlag. Und was auch nicht stimmt, war die Kalkulation: Wir zumindest haben allen Eltern nur das Geld für die Essen berechnet, die die Kinder auch wirklich erhalten haben. Der Senat geht von zwei Monaten aus, in Wahrheit waren es aber mindestens drei. Das ist wirklich eine sehr unglückliche Situation.“, sagt Spieker in den Interview.

FRÖBEL ist Deutschlands größter überregionaler freier gemeinnütziger Träger von Kindertageseinrichtungen. FRÖBEL betreibt über 190 Krippen, Kindergärten und Horte sowie weitere Einrichtungen in zehn Bundesländern. Mehr als 3.950 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten gemeinsam für die beste Bildung, Erziehung und Betreuung von rund 17.600 Kindern. Allein in Berlin betreibt der Träger 29 Einrichtungen, in denen mehr als 3.600 Kinder betreut werden.

Auf Berlin bezogen muss Fröbel 250.000 Euro zurückzahlen. Dafür muss der Träger an seine Rücklagen gehen. Besonders unzufrieden ist er mit dem Verlauf der Diskussion über die „Heldenprämie.“ „Also zuerst haben sich alle gefreut darüber, dass der Regierende Bürgermeister gesagt hat, man muss die Menschen, die systemrelevant sind und ihren Mann oder Frau stehen, entsprechend würdigen. Und dafür sollte eine Corona-Prämie kommen. Dann waren auch relativ schnell tausend Euro im Raum. Was uns wirklich frustriert und irritiert hat, war die Tatsache, dass es dann hieß: Das kriegen nur die Mitarbeiter, die bei öffentlichen Trägern waren, und die freien Träger kriegen es nicht. Und dann gab es lange Streitereien, wieviel Geld es insgesamt gibt und wer überhaupt davon profitieren sollte. Es wäre nicht fair, wenn ein kleiner Anteil der Mitarbeiter Geld bekommt und die anderen gar nichts. Und für uns war dann klar: Wir müssen für dieses Versprechen einstehen. Es reicht nicht aus, 'Danke' zu sagen. Und so schön es ist, wenn man auf dem Balkon Lieder singt, aber an irgendeiner Stelle muss es auch eine monetäre Wertschätzung geben.“, sagt Stefan Spieker gegenüber dem RBB.

Fröbel hat inzwischen entschieden, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Prämie von 1.000 Euro zu zahlen. In einer Pressemitteilung vom 22. Juni heißt es: „Erzieherinnen und Erzieher haben in den Monaten des Lockdowns Außergewöhnliches geleistet. Ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit haben sie die Notbetreuung in Kindertageseinrichtungen übernommen. Dafür zahlt FRÖBEL seinen Erzieherinnen und Erziehern in Berlin – und sobald die tariflichen Vereinbarungen dazu abgeschlossen sind – auch in allen anderen Regionen eine Prämie von

bis zu 1.000 Euro aus." **Stefan Spieker** begründet den Schritt wie folgt: „Wir setzen ein Zeichen und danken denen, die in dieser ungewissen Zeit eine besondere Verantwortung übernommen haben. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindergärten haben Eltern in systemrelevanten Berufen ermöglicht, ihren Job zu machen, und damit einen entscheidenden Beitrag geleistet, unser System am Laufen zu halten. Das kann man gar nicht genug wertschätzen.“

Und der Gesamtbetriebsratsvorsitzende **Stephan Keitel** ergänzt: „Wir haben vor knapp drei Monaten das Versprechen des Regierenden Bürgermeisters in Berlin und den darauffolgenden Senatsbeschluss als sehr wertschätzende Maßnahme verstanden. Durch die ewigen Verhandlungen, ein letztlich gebrochenes Versprechen und nun noch die Einforderung eines Solidarbeitrages der Träger hat sich diese Wahrnehmung in ihr Gegenteil verkehrt. Wir freuen uns daher darüber, dass FRÖBEL die Aufforderung aus der Belegschaft zum Handeln umgehend aufgenommen hat und mit der Auszahlung einer Prämie voranschreitet.“

Die Prämie von bis zu 1.000 Euro erhalten Erzieherinnen und Erzieher, die in den ersten Wochen der Kitaschließung mindestens 30 Prozent ihrer Arbeitszeit Notfallbetreuung geleistet haben. An Beschäftigte, die aus dem Homeoffice heraus Kontakt zu den Familien gehalten, die Digitalisierung vorangetrieben oder das pädagogische Profil ihrer Einrichtung weiterentwickelt haben, zahlt FRÖBEL bis zu 800 Euro aus. Die Sonderzahlung bedeutet eine erhebliche wirtschaftliche Belastung für FRÖBEL. „Da die Prämie aktuell aus unseren Rücklagen finanziert wird, haben wir gehofft, dass das Land Berlin zu seiner Zusage steht und eine Refinanzierung in voller Höhe – auch für die freien Träger – sicherstellt. Seit Freitag ist klar, dass die meisten Erzieherinnen und Erzieher in Berlin leer ausgehen sollen. Das Land refinanziert umgerechnet pro Beschäftigten gerade einmal 80 Euro. Wir zahlen die angekündigte Prämie trotzdem aus – warme Worte sind schön, aber echte Wertschätzung sieht wirklich anders aus“, so Spieker abschließend. Die Prämie soll schon mit dem Juli-Gehalt ausgezahlt werden.

Stefan Spieker hat den Eindruck, „dass die Verbände erpresst wurden. Es wurde gesagt, entweder die Finanzierung wird insgesamt aufgekündigt und dann machen wir alles neu auf - oder ihr gebt uns was zurück. Und das war eine wahnsinnig schwierige Situation, denn niemand weiß, wie es weitergeht. Es kann ja weiterhin Lockdowns geben. Und da brauchen wir halt sichere Verhältnisse, und das stand bei den Verbänden im Vordergrund. Von daher ist es gut, dass das Thema jetzt vom Tisch ist, aber man

fühlt sich halt auch erpresst. Und ich glaube schon – unser Betriebsrat hat das zumindest auch immer wieder gesagt – es ist klar identifizierbar, von wem und woher das kommt. Und es ist wirklich sehr, sehr, sehr frustrierend, einerseits immer zu hören, ja es ist toll, ihr werdet gewertschätzt, und auf der anderen Seite mit so einer Situation konfrontiert zu werden. Ich sage noch einmal: Berlin ist das einzige Bundesland, wo das stattfindet.“, soweit Stefan Spieker im „radioeins“-Interview.

Es macht wenig Sinn, sich weiterhin über diesen Vorgang aufzuregen. Dennoch darf noch einmal erwähnt werden, dass der Senat auch auf die Rückzahlung hätte verzichten können, um ein Zeichen zu setzen. Wir nannten das in unserem Newsletter vom 18. Juni „kleinkarierte Erbsenzählerei.“

Am 5. Mai berichtete rbb24: „Etwa 25.000 Beschäftigte in Berlin sollen in der Corona-Krise vom Senat eine Prämie von bis zu 1.000 Euro bekommen. Das Geld soll an Menschen gehen, die in der Corona-Krise Außergewöhnliches leisten und in vielen Fällen einer besonderen Gesundheitsgefahr ausgesetzt sind. Zu den Begünstigten sollen neben Ärzten und Pflegern der landeseigenen Krankenhauskonzerne Vivantes und Charité unter anderem auch Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungssanitäter zählen, aber auch Mitarbeiter der Gesundheitsämter, Erzieherinnen und Erzieher im Notbetrieb in städtischen Kitas und Horten und Mitarbeiter der Jobcenter. Da in Kitas nicht nur Landesbeschäftigte arbeiten, sollen auch Angestellte freier Träger eine Prämie erhalten. Dies soll über deren Arbeitgeber geschehen, das Geld dafür überweist das Land. Insgesamt rechnet der Senat damit, dass bis zu 25.000 Beschäftigte in den Genuss der sogenannten Leistungsprämie kommen. 25 Millionen Euro sind dafür veranschlagt. Über die genaue Höhe im Einzelfall können die betroffenen Dienststellen selbst entscheiden, die Obergrenze liegt bei 1.000 Euro.“

So wertschätzend diese Maßnahme gemeint ist, birgt sie doch viele Probleme in sich. Es wird Gewinner und Verlierer geben. Wenn Dienststellen eigenmächtig entscheiden können, wer eine Prämie bekommt, ist der Ärger vorprogrammiert.

Wie bedanken sich Dienstleister bei ihren Beschäftigten

Steuergeld zu verteilen, ist das tägliche Geschäft der Politiker. Wie sieht es aber bei den Unternehmen aus? Viel gelobt wurden die Beschäftigten in den Lebensmittelgeschäften, für die es keinen Lockdown gab. Sie kamen oft gar nicht mit dem Nachfüllen der Regale hinterher. Eine Zeitlang hätten sie das Toilettenpapier direkt vom Lieferwagen verkaufen können. Da viele andere Geschäfte geschlossen blieben,

glühten die Bestell-Portals bei Amazon und anderen Online-Händlern. Auszubaden hatten das die Paket-zusteller, die noch nach 20 Uhr und am Wochenende unterwegs waren.



Ein besonderes Dankeschön hat sich **DHL** ausgedacht. Als Dank an seine Beschäftigten wurde ein Frachtflugzeug neu angemalt, für „den unermüdlischen Einsatz unserer Mitarbeiter und allen mutigen Beschäftigten im Gesundheitswesen“, meldet das Portal „**Lebensmittel Praxis**“ aus Münster. Foto: DHL

„Weniger öffentlichkeitswirksam, aber sehr willkommen, sind hingegen Anerkennungen, die sich direkt im Geldbeutel der Angestellten bemerkbar machen.“, schreibt LP. „Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat die Basis geschaffen, damit Prämien ohne den Abzug bei den Beschäftigten ankommen. In der Corona-Krise werden Sonderzahlungen für Beschäftigte bis zu einem Betrag von 1.500 Euro im Jahr 2020 steuer- und sozialversicherungsfrei gestellt.“

LP veröffentlicht einige Beispiele, wie sich Unternehmen bei ihren Beschäftigten bedanken oder auch nicht.

„**Aldi Süd** und **Nord** haben nach eigener Aussage 20 Millionen Euro für Bonuszahlungen bereitgestellt. Bei Aldi Süd erhalten Mitarbeiter aus Verkauf, Logistik und Verwaltung in den Regionalgesellschaften einen **Warengutschein** in Höhe von bis zu 250 Euro. Bei Aldi Nord bekommen alle tariflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Regionalverkaufsleiter, die sich seit dem 01.03.2020 in einem Arbeitsverhältnis befinden, einen **Warengutschein** im Wert von 250 Euro. Alle Auszubildenden erhalten zudem einen Warengutschein in Höhe von 100 Euro.“ Da bleibt das Geld wenigstens im Unternehmen.

Auch **Lidl** und **Kaufland** verteilen Gutscheine. Die 140.000 Mitarbeiter in den Filialen, in der Logistik sowie in den Fleischbetrieben erhalten **Warengutscheine** im Wert von bis zu 250 Euro. Die Unternehmen weisen aber darauf hin, „dass sie zu den wenigen Lebensmittelhändlern in Deutschland gehören,

die tarifgebunden sind.“ „Die Arbeitszeit unserer tariflichen Mitarbeiter wird grundsätzlich erfasst. Dabei gilt: Jede geleistete Minute wird vergütet. Mehrarbeit wird vergütet oder in Freizeit ausgeglichen.“

„Ein Vorreiter in Sachen Dankeschön ist die **Rewe Group**. Sie hat schon seit Mitte März über Sonderleistungen informiert, und das in allen Ländern, wo sie tätig ist. Allein in Deutschland addieren sich diese Sonderzahlungen für die Mitarbeiter in den Märkten und der Logistik (**Rewe** und **Penny**) auf mehr als 20 Millionen Euro. Die Boni werden hierzulande auf die **Mitarbeiterkarten** der Angestellten gebucht. In anderen Ländern, wie Italien oder Österreich, gab es Sonderleistungen in Form von **Warengutscheinen**, Gehaltszulagen, oder die Auszahlung von Überstunden.“ Also auch wenig Bares, dafür Wahres bzw. Waren. Hoffentlich haben die Beschäftigten genügend Zeit, ihre Einkäufe zu tätigen.

Beim Lebensmittelhändler **Tegut**, der 278 Filialen mit rund 5.780 Mitarbeitern in Hessen, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Baden-Württemberg, aber nicht Berlin unterhält, bekamen die Beschäftigten mit der Maiabrechnung eine Prämie. Bekannt ist nur, dass dies dem Unternehmen 1,3 Mio. Euro kostete. Wenn das Geld gerecht und gleich verteilt wurde, sind das 224,91 Euro pro Person.

Netto Stavenhagen, das sind die mit dem gelben Hund auf schwarzem Grund und nicht zu verwechseln mit den zur Edeka gehörenden anderen Netto-Läden, verteilen auch „**Warengutscheine** in Höhe von 150 Euro.“ „Die **Edeka-Zentrale** macht keine Angaben zu Sonderprämien. Die selbstständigen Edeka-Kaufleute entscheiden ohnehin individuell über eventuelle Boni an ihre Teams.“

„Für Unmut in Teilen der Belegschaft sorgte das Vorgehen der Edeka-Tochter **Netto**. Der Discounter, der die Anfrage der Redaktion nicht beantwortet hat, belohnte seine Mitarbeiter mit einer **Rabattkarte**. Damit kann man im Discounter einkaufen und erhält einen Nachlass von 20 Prozent, bis zu einer Obergrenze von 600 Euro. Das entspricht einer maximalen Ersparnis von 120 Euro. Die Kritik, die in solcher und ähnlicher Form in den sozialen Medien geäußert wird: Erst einmal muss der Netto-Mitarbeiter 480 Euro ausgeben, um in den Genuss der maximalen Ersparnis zu kommen.“ Das ist perfide, zumal bei Netto nur die Marktleiter Vollzeit beschäftigt sind und alle anderen Teilzeit oder geringfügig. Gerade diese Menschen hätten mal einen kräftigen Schluck aus der Pulle verdient, und zwar Geld statt Gutschein. Bei den meisten Unternehmen bleibt das Geld im Haus. Was für ein kluges Geschäftsmodell.

Ed Koch